

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Rieser
Verlag: Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Kantonshauptmannschaft Grenchen, des Kantonsgerichts, der Kantonsanwaltschaft beim Kantonsgericht und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Sanitätsamts Rieser.

Postfachkonto: Dresden 1580
Kilometer Rieser Nr. 52.

Nr. 124.

Sonnabend, 12. Juni 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Bote. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Beize (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Zeilenschrift 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemerkung: Rabat erst, wenn der Betrag vorläufig durch Abgabe eingezahlt wird oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Ustättige Unterhaltungsbeiträge „Frischer an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Rieser.

Die Unklarheit über die Ratsfrage.

qu. Das Ende der 40. Sitzung des Völkerbundesrates mit seinem dramatischen Verlauf brachte eine Erklärung des brasilianischen Delegierten Luer Houle zu den Ansprüchen der Länder auf ständige Mitgliedschaft. Während der brasilianische Vertreter unzweideutig erklärte, daß seine Regierung aus dem Ratsrat austrete, ohne auch die Konsequenzen auf das Verbleiben im Völkerbunde selbst zu ziehen, hob der Spanier noch einmal die Ansprüche seiner Regierung hervor und behielt sich vor, zu geeigneter Zeit auf die Angelegenheit zurückzukommen. Beide Herren kündigten außerdem an, daß sie auf der Herbsttagung des Rates nicht anwesend sein würden.

Eine Klärung der Ratsfrage ist mit diesen Erklärungen keineswegs erledigt, da beide Länder, wegen deren Fortdauer die Vertagung der Aufnahme Deutschlands im März erfolgte, nicht darauf verzichteten, grundsätzlich an ihren Ansprüchen festzuhalten. In ihren Äußerungen findet sich kein Anhalt dafür, wann der geeignete Zeitpunkt für ihre neue Initiative sein wird. Die Deutung der Äußerungen wird auch von den verschiedenen Völkerbundkreisen sehr unterschiedlich ausgelegt werden. Das Deutsche Reichs- und Außenministerium glaubt, daß die Handlungswelt Brasiliens und Spaniens bereits die Lösung des Konfliktes innerhalb des Völkerbundes bedeutet, und daß damit auch die Schwierigkeiten beseitigt worden sind, die sich der Aufnahme Deutschlands auf der Septembertagung in den Weg legen wollten. Wiederholt hat Dr. Stresemann hervorgehoben, und er hat dies durch die diplomatischen Vertreter der Regierungen auch besonders mitteilen lassen, daß Deutschland nichts zerner liegt, als Unruhe innerhalb der Völkerbundsorganisation zu sein, und daß ihm sehr viel an einem guten Einverständnis mit Spanien und Brasilien liegt, zumal das Verhältnis zwischen Deutschland und den beiden Ländern immer ein sehr gutes gewesen ist. Deutschland hätte sehr bedauert, wenn durch seinen Eintritt in den Völkerbund der Austritt der beiden Staaten sich als notwendig erwiesen hätte und damit die Zusammenarbeit im Völkerbund unmöglich gemacht worden wäre.

Die Frage ist noch zu prüfen, ob durch die letzte Faltung Brasiliens und Spaniens und deren Auslegung durch das Berliner Auswärtige Amt die Schwierigkeiten gegen Deutschlands Aufnahme beseitigt sind. Es ist wohl denkbar, daß bei der Verwerfung über die Ziele der Völkerbundsmitglieder neue Bedenken gegen die bedingungslose Aufnahme Deutschlands hervortreten. Im Zusammenhang mit der Behandlung des Aufnahmegegenseitigen werden wahrscheinlich wieder all diejenigen Fragen aufgerollt werden, die den Rat und die Kommission schon im März ausgiebig beschäftigt haben. Es handelt sich hierbei besonders um den Erweis des guten Willens Deutschlands, seinen übernommenen Pflichten in jeder Weise nachzukommen. Diese Frage stellt eine besondere Schwierigkeit dar, weil mit ihr unlöslich die Aufhebung der Militärkontrolle in Deutschland verbunden ist. Zwar sind die Unterkommissionen der Militärkontrollkommission vor einigen Tagen zurückgezogen worden, die Hauptstelle in Berlin ist jedoch weiter in Tätigkeit und stellt eine Verletzung der Versprechungen der Westmächte dar.

Bei den letzten Besuchen der deutschen Botschafter in London und Paris hat die deutsche Regierung noch einmal auf die Bedingungen hingewiesen, unter denen ihr Eintritt in den Völkerbund nur erfolgen kann. Die Forderungen bestehen in der Aufhebung der Militärkontrolle und in den versprochenen Erleichterungen der Besatzung in den besetzten Gebieten, über die außerdem noch Verhandlungen zwischen dem Rheinlandskommissar und Vertretern der Westmächte seit einigen Wochen stattfanden. In politischen Kreisen erwartet man jedenfalls noch eine eingehende Diskussion zwischen der Berliner, der Londoner und der Pariser Regierung über die gegenseitigen Voraussetzungen für Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund, von deren Ausgange es abhängen wird, ob die deutsche Delegation sich überhaupt nach Genf begeben wird, oder ob die Regierung vorzieht, ihre Abgabe bereits von Berlin aus dem Völkerbund zu übermitteln.

Die Bedeutung der Erklärungen Spaniens und Brasiliens in Genf.

von Berlin. Die Erklärungen, die in der gestrigen Sitzung des Völkerbundesrates in Genf von Spanien und Brasilien abgegeben worden sind, sowie die Beschlüsse des Völkerbundesrates sind in Berlin an den zuständigen Stellen in ihrem Wortlaut noch nicht bekannt, ihre Bedeutung läßt sich daher also noch nicht mit Bestimmtheit darlegen. Für den 20. Juni war eine zweite Sitzung der Studienkommission für die Frage der Ratsvergrößerung vorgesehen, nun steht aber noch nicht fest, ob diese Sitzung stattfinden soll oder ob die weitere Entscheidung auf die Tagung des Völkerbundes im September vertagt ist. Der Präsident des Völkerbundesrats soll sich mit dem Vorsitzenden der Studienkommission, dem Schweizer Bundesrat Notta, zur weiteren Beschlußfassung in Verbindung setzen. Spanien hat nunmehr die bisher schon als *gentleman's agreement* behandelte Vereinbarung über den Wahlmodus für die nichtständigen Ratsmitglieder bestätigt und daher kann die Bundesversammlung mit zwei Dritteln Mehrheit beschließen, welcher Wahlmodus für den nichtständigen Teil des Völker-

Der Reichspräsident zum Besuche in Neustrelitz.

Berlin. (Funkdruck.) Reichspräsident von Hindenburg ist heute vormittag mit dem Fahrplanmäßigen Zug 5.20 Uhr vom Steintiner Bahnhof nach Neustrelitz abgereist, um der Regierung von Mecklenburg-Strelitz einen Besuch abzustatten. In seiner Begleitung befinden sich sein Adjutant Major von Hindenburg, Ministerialrat Dr. Döckle und der Vertreter des Landes Mecklenburg-Strelitz bei der Reichsregierung, der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Herrl. Geh. Rat Exa. Boden.

Neustrelitz. (Funkdruck.) Der Reichspräsident traf heute nach 10 Uhr hier ein. Zu seinem Empfang hatten sich auf dem Bahnhof eingefunden: Staatsminister Dr. Fuhrke, der Befehlshaber des Wehrkreises 2, Generalleutnant von Tschischwitz, Präsident Lorenz vom Landesfinanzamt Mecklenburg-Strelitz (Schwerin).

Nach der Begrüßung begab sich der Reichspräsident zum Schloß, lebhaft begrüßt durch die herzlichen Sufurte der Menge. Im Rathause erfolgte die Begrüßung durch den Bürgermeister von Neustrelitz, Dr. Feiperg. Vor dem Betreten des Schloßes schritt der Herr Reichspräsident die Front der dort versammelten Kriegsteilnehmer von 1906 und 1907/11 ab und nahm die Meldungen ein in Neustrelitz ansässigen Generale der alten Armee entgegen.

Im Schloße wurde der Herr Reichspräsident durch den Staatsminister Schwabe empfangen, der ihm die Sorgen der Behörden und andere führende Persönlichkeiten vorstellte. Um 12 Uhr fand im Schloße ein Frühstück statt, bei dem

Staatsminister Dr. Fuhrke

dem Herrn Reichspräsidenten mit einer Ansprache begrüßt, in der er u. a. ausführte: Als Ehrdeutsche überkommt uns heute ein Gefühl stolzer Freude, daß Sie, Herr Reichspräsident, als nach der Verfassung des heutigen republikanischen Staates durch den Willen des deutschen Volkes zum Oberhaupt des deutschen Reiches Ertroren, hier unter uns weilen. Wir, die wir heute hier versammelt sind, wollen in dieser Stunde unserem Reichsoberhaupt, das wir in tiefer Ehrfurcht begrüßen, das Gedächtnis unverbrüchlicher Treue und Liebe ablegen, wir wollen dem heutigen Staate mit Selbstlosigkeit und Hingabe dienen und wir wollen unsere ganze Kraft dafür einsetzen, daß wir in Einklang und in treuester Pflichterfüllung dem Beispiel unseres verehrten Herrn Reichspräsidenten folgen, versuchen, über die

bundrats in Frage kommt. Brasiliens Erklärung kann vielleicht so aufgefaßt werden, daß Brasilien, um nicht seine Haltung geradezu als Rückzug erweisen zu lassen und um nicht wieder in der Herbsttagung sein Veto gegen Deutschlands Eintritt in den Völkerbund abgeben zu müssen, sich so *locus* zurückziehen und sich der weiteren Abstimmung im Rat enthalten will.

Zunahme im Prager Abgeordnetenhaus.

Prag. (Funkdruck.) Die gestern vom Abgeordnetenhaus um 9 Uhr früh begonnene Debatte über die Zollanstrengungen land heute früh 4 Uhr ihren Abschluß. Als der Berichterstatter des Landwirtschaftlichen Ausschusses nach einer Pause von zehn Minuten die Redezeit begann, erhoben die kommunistischen Abgeordneten einen ungehörigen Lärm. Der Versuch mehrerer kommunistischer Abgeordneter, zur Redezeit zurückzuführen und dem Berichterstatter das Schlusswort unumgänglich zu machen, wurde von der Parlamentsverwaltung verhindert. Zwischen den Ministerbänken und den Kommunisten kam es zu scharfen Zusammenstößen. Die Worte des Berichterstatters gingen in dem ungehörigen Lärm unter. In der 8. Vormittagsstunde beantragten die Kommunisten, daß der Ministerpräsident ersuchen solle, um Aufklärung über die geschehenen Vorgänge bei den Prager kommunistischen Demonstrationen zu geben. Sozialistische Abgeordnete verlangten die Demission der Regierung, während sich der Lärm teilweise wieder steigerte. Um 6 Uhr 15 verknümmte das Pfeifen, Glockenläuten und Pultbedeckelklappen auf das Glockenzeichen eines kommunistischen Abgeordneten hin. Um 6.15 Uhr mußte der Präsident die Sitzung schließen und eine neue auf 6.35 Uhr anberaumen. Zur Zeit, um 11 Uhr vormittags, ist die Sitzung aber noch nicht wieder aufgenommen.

Holland und der Vertrag von Locarno.

Amsterdam. In der Woche werden in letzter Zeit wiederholt Stimmen laut, die darauf hinweisen, daß der Vertrag von Locarno insofern eine Urtide aufweist, als hinsichtlich der deutsch-holländischen Grenze keine Vereinbarungen getroffen seien. Ein Mitglied der zweiten Kammer hat an den holländischen Außenminister die Frage gestellt, ob die Regierung hieron Kenntnis habe und ob und welche Schritte in dieser Hinsicht von der holländischen Regierung unternommen worden seien, ferner welchen Standpunkt die holländische Regierung in dieser Sache einnehme. Die Antwort dürfte in den nächsten Tagen gegeben werden.

Schwierigkeiten und Wirrnisse der heutigen Zeit hinwegzukommen, daß wir einen Volksstaat im wahren Sinne, eine wirkliche Volksgemeinschaft und ein neues Deutschland schaffen helfen, das seiner glanzvollen Vergangenheit und seiner Väter würdig ist, dann handeln wir ganz im Sinne unseres Reichsoberhauptes. Ich bitte, den Gefühlen der tiefsten, aufrichtigsten Verehrung und der unentwegten Treue und Liebe zu unserem hochverehrten Gaste dadurch Ausdruck zu verleihen, daß wir in den Ruf einstimmen: „Das vom Reich erwählte Oberhaupt, das uns noch lange erhalten bleiben und den Wiederkauf unseres Vaterlandes erleben möge, der Herr Reichspräsident von Hindenburg, lebe hoch!“

Reichspräsident von Hindenburg

fürte in seiner Erwiderung nach Worten des Dankes für die herzliche Begrüßung u. a. aus:

„Es ist mir eine Freude, Herr Staatsminister, heute meine Zufahrt vom vorigen Jahre einzulösen und Ihnen und Ihrem schönen Lande mit seinen prächtigen Wäldern und herrlichen Seen meinen Besuch abkanten zu können. Mit Recht haben Sie, Herr Minister, darauf hingewiesen, daß die Mecklenburger unter harten Lebensbedingungen sich daran gewöhnt haben, auch in schweren Zeiten getreue auszubarren. Auch an Mecklenburg-Strelitz sind in die Räte der letzten Jahre nicht spurlos vorübergegangen und ich weiß wohl, daß besonders die Landwirtschaft mit ernsten Schwierigkeiten kämpft. Sie dürfen versichert sein, Herr Staatsminister, daß die Reichsregierung wie bisher auch weiter das in ihren Kräften Stehende tun wird, um helfend einzugreifen und eine Erleichterung der Verhältnisse für die Landwirtschaft herbeizuführen. Was ich selbst dazu beitragen kann, geschieht. Wir wollen im übrigen hoffen, daß die allgemeine Erholung der deutschen Wirtschaft auch den Landwirtschaft bessere Zeiten bringt. Dazu gehört aber, daß wir, ein jeder an seinem Plage und in seinem Bereiche, eintätig zusammenarbeiten für das Wohl und die bessere Zukunft unseres Vaterlandes. Das auch Sie und Ihr Land mit seinen reichen Kraftquellen hierzu bereit sind, entnehme ich mit hoher Befriedigung Ihren Worten. Um so herzlicher sind meine Wünsche für das Gelingen und Gedeihen von Mecklenburg-Strelitz, denen ich besonders Ausdruck gebe, indem ich Sie alle, meine Herren, bitte, mit mir einstimmend in den Ruf: Mecklenburg-Strelitz und unser deutsches Vaterland, hurra!“

Die Deutsch-Soziale Partei zum Volksentscheid.

Die Führerschaft der Deutsch-Sozialen Partei veröffentlicht zur Abstimmung am 20. Juni über die Fürkennung folgende

Entschlüsse:

Durch die Ablehnung des deutschnationalen Antrages in der Berliner Stadtverordnetenversammlung des völkischen Antrages im Reichstage auf Enteignung der Kriegs- und Inflationsgewinnler haben die marxistischen Parteien den Beweis erbracht, daß die Enteignung der Fürken nur ein Mittel sein soll, die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes von denjenigen abzuwenden, die ihm Millionen Mark eripierten Eigentum widerrechtlich genommen haben. Die enteigneten Schlösser und Grundstücke der Fürken würden daher auch nicht dem deutschen Volke Nutzen bringen, sondern eine neue Beute der Rügner von Revolution und Inflation werden.

Die Führerschaft der Deutsch-Sozialen Partei fordert deshalb alle Anhänger der deutsch-sozialen Bewegung auf, am 20. Juni der Wahlurne fernzubleiben. Wer durch Terror gezwungen sein sollte, trotzdem zur Wahl zu geben, werde keinen Stimmzettel in das Wahllokal, sondern gebe es leer ab.

Berufung der Staatsanwaltschaft im Lühow-Prozess.

X Berlin. Auf Weisung des Oberstaatsanwalts hat der Anklagevertreter im Lühow-Prozess gegen das freisprechende Urteil des erweiterten Schöffengerichts Richterfelds Berufung eingelegt. Die Berufung erträgt sich vorläufig auf sämtliche Anklagefälle, nicht nur auf die Fälle, in denen der Staatsanwalt Verurteilung beantragt hatte, sondern auch auf die weiteren 53 Fälle, in denen er die Anklage fallen gelassen hatte. Sobald die schriftlichen Urteilsgründe vorliegen werden, wird die Staatsanwaltschaft entscheiden, in welchem Umfang die Berufung bestehen bleiben soll. Durch die Berufung der Staatsanwaltschaft bleibt auch der Beschluß des Schöffengerichts Richterfelds, dem Angeklagten Frh. v. Lühow eine Entschädigung für unzulässig erlittene Unterjuchungshaft zuzubilligen, in der Schwebe, da diese Entschädigung nur einem Angeklagten bewilligt werden kann, dessen völlig erwiesene Unschuld, wie sie das Schöffengericht Richterfelds im Urteil ausgesprochen hat, rechtskräftig entschieden worden ist.

Ein Kabinettsstück bayrischer Braukunst ist „Würzburger Hofbräu“ Man verlange Vertreter: Rich. Schwade es überall. Riesa a. Elbe. Formel 48.